Protokoll

**über die 26. STR (16-21) öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates vom
04.03.2021 in der Mensa der Franziskus-Demann-Schule**

Anwesend sind:

Bürgermeister

Prekel, Klaus ,

Ratsmitglieder

Berndsen, Stefanie , Borowski, Alexander jun. , Determann, Cornelia , Dickebohm, Klaus ,
Fübbeker, Mechthild , Grave, Norbert , Hölscher, Markus , Köster, Patrick , Krümpelmann,
Alfons , Lis, Johannes, Dr. , Meiners, Georg , Mersmann, Markus , Paus-Könighoff, Berthold
, Wintering, Wendelin ,

Stadtdirektor

Ritz, Godehard, Samtgemeindebürgermeister ,

Protokollführer

Weltring, David, stv. Bauamtsleiter ,

Ferner nehmen teil

Ahrend, Sonja, Erste Samtgemeinderätin , Stelzer, Peter, Dipl.-Geogr., Regionalplan & uvp
(bis TOP Ö8),

Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des Protokolls über die 25. Sitzung des Stadtrates am 03.12.2020
2. Verwaltungsbericht
Vorlage: I/002/2021
3. Aussetzung der Einziehung von Krippen- und Hortbeiträgen
Vorlage: III/002/2021
4. Berufung der Wahlleitung und des Stellvertreters für die Stadtratswahl am 12.09.2021
Vorlage: III/013/2021
5. Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik in der Stadt Freren
Vorlage: V/001/2021
6. Städtebauliches Planungskonzept zur Steuerung von entprivilegierten Tierhaltungsanlagen in Freren

Vorlage: V/008/2021

7. Bebauungsplan Nr. 43 "Zwischen Lünsfelder Straße und Ostwier Straße - Teil I" der Stadt Freren;
 - a) Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
 - b) Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
 - c) Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGBVorlage: V/012/2021
8. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen

Bürgermeister Prekel eröffnet die 26. Sitzung des Rates der Stadt Freren um 18:30 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass der Rat nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist. Gegen Form und Inhalt der vorliegenden Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1: Genehmigung des Protokolls über die 25. Sitzung des Stadtrates am 03.12.2020

Das Protokoll über die 25. Sitzung des Rates der Stadt Freren am 03.12.2020 wird in Form und Inhalt einstimmig genehmigt.

Punkt 2: Verwaltungsbericht
Vorlage: I/002/2021

Stadtdirektor Ritz berichtet:

a) Eichenprozessionsspinner

Am 02. März hat auf Einladung des Landkreises Emsland eine Videokonferenz mit allen kreisangehörigen Kommunen rund um das Thema Eichenprozessionsspinner stattgefunden. Hierbei wurden Strategien zur Bekämpfung ausgetauscht und Erfahrungsberichte gesammelt. Erfreulicherweise wurde auch berichtet, dass die Kreisstraße von Freren nach Schapen (540 Bäume) im Frühjahr prophylaktisch mit Biozid behandelt werden soll, da im vergangenen Jahr insgesamt 19 Absaugtage angefallen sind.

b) Antigen-Schnelltests in Kindergärten

Das Land Niedersachsen plant bekanntlich einen Anspruch auf eine Coronavirus-Schnelltestung für alle Beschäftigten einmal wöchentlich in Kindertagesstätten zu etablieren.

Um möglichst zeitnah eine solche Testung auch durchführen zu können, wurde in Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Landkreis Emsland ein Konzept entwi-

ckelt, mit dem dieses Vorhaben schnell und unbürokratisch umgesetzt werden kann. Die Testungen werden durch eigenes Personal vorgenommen, welches vorab vom Fachbereich Gesundheitsdienste geschult worden ist. Ergänzend kann im Bedarfsfall auf die Schwimmmeister der Samtgemeinde Freren zurückgegriffen werden, die ebenfalls an der Schulung teilgenommen haben. Die Schnelltests sind zunächst für einen Zeitraum von zwei Wochen kostenlos durch den Landkreis Emsland zur Verfügung gestellt worden. Der erste Durchlauf in den städtischen Einrichtungen am Montag und Dienstag verlief reibungslos. Alle Testergebnisse waren negativ.

Da noch vor einigen Tagen eine einheitliche Lösung auf Kreisebene nicht abzusehen war, wurden bereits in der 7. Kalenderwoche Schnell-Spucktests durch die Samtgemeindeverwaltung beschafft und an alle Einrichtungen ausgeliefert. Diese stehen nun zusätzlich zur Verfügung und können anlassbezogen eingesetzt werden. Mittlerweile hat das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte auch 3 Tests zur Eigenanwendung zugelassen. Die Kosten sind im Vergleich zu den PoC-Antigen-Schnelltests deutlich geringer.

Der Rat der Stadt Freren nimmt den Verwaltungsbericht zur Kenntnis.

Punkt 3: Aussetzung der Einziehung von Krippen- und Hortbeiträgen
Vorlage: III/002/2021

Stadtdirektor Ritz erläutert anhand der Beschlussvorlage III/002/2021 und einer PowerPoint-Präsentation die Sach- und Rechtslage. Er ergänzt, dass in der 4. Kalenderwoche (ab 25.01.2021) insgesamt 32 Kinder, davon 6 Krippenkinder in der Kindertagesstätte St. Franziskus sowie 59 Kinder, davon 22 Krippenkinder im Regenbogenkindergarten betreut wurden. In dieser 9. Kalenderwoche (ab 01.03.2021) waren es in St. Franziskus 57 Kinder und im Regenbogenkindergarten 56 Kinder.

Im Namen der CDU-Fraktion bedankt sich Fraktionsvorsitzender Dr. Lis bei den Eltern der Kindergartenkinder, die in dieser wahrlich aufreibenden Zeit des Lockdowns vielfach Beruf, Haushalt und Betreuung mit überwiegendem Verständnis unter einen Hut gebracht haben bzw. teilweise noch bringen müssen.

Für die SPD-Fraktion ergänzt Fraktionsvorsitzender Dickebohm, dass es klar sei, dass für keine Leistung auch kein Geld zu zahlen sei.

Auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses fasst der Rat der Stadt Freren einstimmig folgenden Beschluss:

Aufgrund der Schließung der Kindergärten und des Hortes seit dem 11.01.2021 wird die Einziehung von Krippen- und Hortbeiträgen ausgesetzt. Nicht davon berührt sind Beiträge, die im Rahmen der Jugendhilfe durch den Landkreis Emsland übernommen werden und Beiträge für die Kinder, die die Notbetreuung (monatlich mindestens ein Mal) in Anspruch genommen haben. Sobald die Niedersächsische Corona-Verordnung eine Öffnung der Kindertageseinrichtungen vorsieht, soll über die exakte Dauer der Aussetzung bzw. sodann über den Erlass der Krippen- und Hortbeiträge entschieden werden.

Punkt 4: Berufung der Wahlleitung und des Stellvertreters für die Stadtratswahl
am 12.09.2021
Vorlage: III/013/2021

Stadtdirektor Ritz erläutert anhand der Beschlussvorlage III/013/2021 die Sach- und Rechtslage.

Auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses fasst der Rat der Stadt Freren einstimmig folgenden Beschluss:

Für die Wahl des Stadtrates am 12.09.2021 werden die Erste Samtgemeinderätin Sonja Ahrend zur Wahlleiterin und der Samtgemeindeangestellte Philipp Mey zum stv. Wahlleiter berufen.

Punkt 5: Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik in der Stadt Freren
Vorlage: V/001/2021

Stadtdirektor Ritz erläutert anhand der Beschlussvorlage V/001/2021 sowie einer Power-Point-Präsentation ausführlich die Sach- und Rechtslage.

Ratsmitglied Mersmann fragt, ob es richtig ist, dass mit einem aktuellen Strompreis von rd. 30 ct/kWh netto gerechnet wurde. Dieser erscheint ihm sehr hoch. Stadtdirektor Ritz entgegnet, dass dieser Preis mittels einer Anmerkung zum Protokoll erläutert wird.

Anmerkung zum Protokoll:

Der Strompreis beträgt laut Straßenbeleuchtungsvertrag aus dem Jahr 2010 aktuell rd. 30 ct/kWh netto. Neben dem Arbeitspreis Strom ist darin aber auch der Grundpreis für die Vielzahl von Zählern enthalten. Im Zuge der Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Westenergie AG zum Austausch der LED-Beleuchtung ist zunächst, da der Straßenbeleuchtungsvertrag aufgrund der Straßenbeleuchtungssanierung ohnehin für die Restlaufzeit von 10 Jahren angepasst werden muss, mit einem (geringeren) Strompreis von 25 ct/kWh netto (Arbeits- und Grundpreis) gerechnet worden (siehe auch Folie 7 der Präsentation der Westenergie AG, Stand 25.11.2020 - Anlage zur Beschlussvorlage), da der finale (neue) Strompreis seitens der E.ON zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststand. Dieser ist nunmehr ermittelt worden und liegt bei 22,7 ct/kWh netto (Arbeits- und Grundpreis), wodurch die Bewirtschaftungskosten für die gesamte Straßenbeleuchtung noch weiter sinken, bzw. die Gesamteinsparungen noch weiter steigen werden.

Auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses beschließt der Rat der Stadt Freren einstimmig, das vorliegende Angebot der Westenergie AG zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik anzunehmen und den Straßenbeleuchtungsvertrag hinsichtlich der Zusatzvereinbarung insbesondere betreffend die 10-jährige Laufzeit entsprechend anzupassen.

Punkt 6: Städtebauliches Planungskonzept zur Steuerung von entprivilegierten Tierhaltungsanlagen in Freren
Vorlage: V/008/2021

Stadtdirektor Ritz erläutert anhand der Beschlussvorlage V/008/2021 und einer PowerPoint-Präsentation die Sach- und Rechtslage.

Anschließend bittet er Herrn Stelzer, vom Planungsbüro Regionalplan & UVP, Freren, das Städtebauliche Planungskonzept zur Steuerung und Abwicklung zukünftig beantragter ent-

privilegierter Tierhaltungsanlagen in der Stadt Freren vorzustellen.

Herr Stelzer geht zunächst auf die Bestandssituation ein. Er zeigt anhand einer Präsentation die Lagen der einzelnen landwirtschaftlichen Hofstellen / Betriebsstandorte und nimmt besonders die Gemengelagen in den Blick. Anschließend stellt er die potenziellen Entwicklungsflächen der Stadt Freren für Wohnen und Gewerbe dar.

Er erklärt, dass mit der Änderung des Baugesetzbuches die Errichtung, Änderung oder Erweiterung baulicher Anlagen zur Tierhaltung im Außenbereich nicht mehr zulässig sind, wenn sie der Pflicht zur Durchführung einer standortbezogenen oder allgemeinen Vorprüfung oder einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG unterliegen (z.B. bei mehr als 30.000 Mastgeflügelplätzen oder 1.500 Mastschweinen etc.; bei verschiedenen Tieren ist zu kumulieren). Fällt ein Bauvorhaben in der Gesamtbetrachtung der Hofsituation unter diese Grenzen ist es privilegiert, andernfalls entprivilegiert. Da entprivilegierte Vorhaben zur Tierhaltung fortan nicht mehr im Außenbereich zulässig sind, besteht die einzige Möglichkeit darin, dass die ansässige Kommune einen Bebauungsplan aufstellt und so das zur Bebauung vorgesehene Grundstück aus dem Außenbereich entnimmt und eine bebaubare Fläche festsetzt. Damit aber nicht jeder neue Antrag zu entprivilegierten Vorhaben von der Stadt im Einzelfall (vermeintlich willkürlich) entschieden wird, fordert der Landkreis Emsland, dass sich die Kommune einen internen Leitfaden gibt, um eine Gleichbehandlung sicherzustellen. Insofern soll ein städtebauliches Planungskonzept auch für die Stadt Freren aufgestellt werden.

In Rahmen dieses Planungskonzeptes, das der Sicherung bzw. Wahrung der beidseitigen Interessen (Siedlungsentwicklung / Landwirtschaft) dient, sollen folgende allgemeine Zielsetzungen verfolgt werden:

- Größtmögliche Berücksichtigung der Belange der Tierhaltungsbetriebe,
- keine Steuerung von privilegierten Tierhaltungsanlagen (§ 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB); Stadt behält sich aber vor, bei Bedarf zu steuern,
- künftige bauliche Entwicklung ausschließlich an vorhandenen Hofstellen und bestehenden Betriebsstandorten,
- keine Zersiedlung der noch vorhandenen freien Landschaft / größtmögliche Schonung des Außenbereichs,
- Wohnsiedlungen und sonstige Nutzungen inkl. notwendige Erweiterungen im Raum schützen,
- weitere Stadtentwicklung muss möglich bleiben,
- Außenbereich soll als Erholungslandschaft gesichert werden,
- Lebensraum für Pflanzen und Tiere soll gesichert werden,
- Erholungsgebiete sollen weitestgehend von Bebauung freigehalten werden.

Überdies soll die Geruchsimmissionssituation zur Sicherung der städtebaulichen Entwicklung (wie Wohn- und Gewerbegebiete) einerseits und die vielerorts (gerade in den Gemengelagen) vorherrschende Überschreitung der gesetzlichen Grenzwerte an Geruchsimmissionen andererseits, perspektivisch wieder auf das von der Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) verträgliche Maß hin entwickelt werden.

Dementsprechend setzt das Planungskonzept Zielwerte der zulässigen Geruchsimmissionshäufigkeiten fest. Hierzu wird das Stadtgebiet in drei Zonen eingeteilt.

Die Zone 1 beinhaltet den Stadtkernbereich, den Wohnsiedlungsbereich Suttrup und das Erholungsgebiet „Saller See“, den Campingplatz „Zu den Hünensteinen“ sowie Entwicklungsflächen für Wohnen. Hier sollen maximal 10 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeiten zulässig sein; es sollen keine erheblichen Belästigungen durch Gerüche landwirtschaftlicher Tierhaltungsbetriebe stattfinden. Insofern sollen dort auch keine Tierhaltungsanlagen, die einer Bauleitplanung bedürfen, zugelassen werden. Im Falle einer Erweiterung eines Betriebes

(entprivilegiertes Vorhaben) ist dies nur an bestehenden Standorten in Zone 2 bzw. 3 möglich. Sollte ggf. eine Aussiedlung (neuer Standort) erforderlich sein, ist dies nur in Zone 3 bei kompletter Aufgabe der Tierhaltung in Zone 1 möglich, was eine Verbesserung der Geruchsimmissionen in dieser Zone und zugleich neue städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten mit sich bringt.

Die Zone 2 erfasst die Sport- und Freizeiteinrichtungen, bestehende Industrie- und Gewerbeflächen nebst deren Entwicklungsflächen und stellt sich zudem als Pufferzone mit 400 m Schutzbereich um Siedlungs- und Entwicklungsflächen (Zone 1) sowie 200 m Schutzbereich um gewerbliche Bau- und Entwicklungsflächen dar. Tierhaltungsanlagen, die einer Bauleitplanung bedürfen, sind in diesem Bereich grds. nur an bestehenden Standorten möglich. Sie müssen aber den definierten Zielwert von 15 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeit in Zone 2, als Übergangswert zwischen Zone 1 und 3, ggf. zumindest aber eine Verbesserungsplanung durch Immissionsmanagementplanung nach GIRL erreichen bzw. nachweisen. Darüber hinaus ist der Zielwert von 10 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeit der Zone 1 zu beachten. Sollte ggf. eine Aussiedlung (neuer Standort) erforderlich sein, ist dies nur in Zone 3 bei Aufgabe der Tierhaltung in Zone 2 möglich.

Die Zone 3 betrifft schließlich den übrigen Außenbereich. Tierhaltungsanlagen, die einer Bauleitplanung bedürfen, sind nur an bestehenden Standorten möglich. Nach der Einzelfallregelung der GIRL wurden in der Vergangenheit vielfach bis zu 25 % der Jahresgeruchsstunden zugrunde gelegt. Grds. gilt für den Außenbereich aber ein Wert von 20 %. Insofern wird, auch um die Geruchsvorbelastung insgesamt zu entzerren, die Einhaltung des Zielwertes von 20 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeit festgelegt. Ggf. muss aber zumindest eine Verbesserungsplanung durch Immissionsmanagementplanung nach GIRL erfolgen. Die Zielwerte von 15 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeit in Zone 2 und 10 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeit in Zone 1 sind zu beachten.

Das städtebauliche Planungskonzept mündet schließlich in folgendem Prüfkatalog, der für jedes Vorhaben Anwendung finden soll:

Nr.	Kriterium	erfüllt		Bemerkungen
		ja	nein	
1	Handelt es sich um einen Haupterwerbsbetrieb? (mehr als die Hälfte des Einkommens wird aus landwirtschaftlicher Arbeit erzielt)			
2	Liegen die Betriebsstätte und der Wohnsitz in der Stadt Freren?			
3	Ist die Betriebsstättensituation langfristig gesichert? (Ausbildung, Alter, ggf. Hofnachfolge, Betriebsentwicklung der letzten Jahre, Härtefallsituation)			
4	Liegt das Plangebiet im Eigentum des Antragstellers?			
5	Ist die Erschließung gesichert bzw. kann diese herbeigeführt werden?			
6	Befindet sich das Vorhaben <u>nicht</u> in der Zone 1?			

Nr.	Kriterium	erfüllt		Bemerkungen
		ja	nein	
7	<p>Befindet sich das Vorhaben</p> <p>a) in der Zone 2</p> <p>aa) am Betriebsstandort bzw. in dessen Nahbereich von max. 150 m oder</p> <p>ab) an einem bestehenden Außenstandort bzw. in dessen Nahbereich von 150 m oder</p> <p>b) in der Zone 3</p> <p>ba) am Betriebsstandort bzw. in dessen Nahbereich von max. 150 m oder</p> <p>bb) an einem bestehenden Außenstandort bzw. in dessen Nahbereich von 150 m oder</p> <p>bc) an einem neuen Außenstandort, sofern das Vorhaben aufgrund der Kriterien Nrn. 8, 9 und/oder 10 nicht an Standorten in den Zonen 1 oder 2 möglich ist und mit dem Vorhaben eine Aufgabe der Tierhaltung in den Zonen 1 bzw. 2 einhergeht?</p>			
8	Ist die Immissionssituation gutachterlich aufbereitet und unbedenklich, d. h. werden insbesondere die angestrebten Jahresgeruchsstundenhäufigkeiten in Höhe von 20% in Zone 3, 15% in Zone 2 und 10% in Zone 1 eingehalten oder liegt gemäß GIRL zumindest eine Verbesserungsplanung vor?			
9	Liegt ein Keimgutachten vor, aus dem die Unbedenklichkeit des Vorhabens folgt?			
10	Liegt eine artenschutzrechtliche / naturschutzrechtliche Prüfung vor, die das Vorhaben als unbedenklich erscheinen lässt?			
11	Liegt eine Kostenübernahmeerklärung für die Ausgaben der Bauleitplanung inkl. notwendiger Gutachten und Kompensationsmaßnahmen vor?			

Nur wenn alle Kriterien erfüllt sind, würde die Stadt in die Bauleitplanung einsteigen.

Aus der anschließenden Diskussion bleibt folgendes festzuhalten:

Ratsmitglied Hölscher fragt, ob durch das Planungskonzept neue bzw. zusätzliche Tierplätze in der Stadt Freren möglich sind. Stadtdirektor Ritz erklärt hierzu, dass das Planungskonzept nur eine interne Richtlinie für den Stadtrat ist, um eine Gleichbehandlung bei künftigen Anträgen entprivilegierter Tierhaltungsanlagen gewährleisten zu können. Prinzipiell ist aber eine Erhöhung der Tierzahlen in der Stadt Freren damit aber möglich, sofern die Kriterien wie Immissionssituation etc. erfüllt sind. Ratsmitglied Mersmann ergänzt, dass über das Städtebauliche Planungskonzept für die Landwirte nun auch die Möglichkeit besteht, bei bereits entprivilegierten Betrieben Aspekte des Tierwohls überhaupt umsetzen zu können. Ratsmitglied Fübbecke fügt hinzu, dass auch nur mithilfe des Konzeptes eine perspektivische Senkung der bestehenden Geruchsbelastung im Raum herbeigeführt werden kann.

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Lis erklärt, dass sich die Landwirtschaft verändern muss, dies aber auch schon tut, insbesondere z.B. durch die Umsetzung des Niedersächsischen Weges. Es ist gut, dass mit der Novellierung des Baugesetzbuches die Möglichkeit der Steuerung von privilegierten Tierhaltungsanlagen nun bei den Kommunen liegt, und keine Genehmigungen mehr über den Kopf der Gemeinde hinweg beim Landkreis entschieden werden. Das vorgestellte Planungskonzept sichert sowohl die Zukunft der heimischen Landwirtschaft als auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt. Die CDU-Fraktion stimmt dem Konzept insofern zu.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dickebohm erklärt, dass die Novelle des Baugesetzbuches im Jahr 2013 dem Druck der Bevölkerung geschuldet war, keine weiteren Intensivtierhaltungsanlagen zuzulassen. Insbesondere die Landkreise Emsland, Vechta und Cloppenburg gehören zu den „Tierhaltungs-Hotspots“ in Deutschland. Die Intensivtierhaltung verursacht viele negative Umweltfolgen. Wichtige Themen, wie „Nitrateintrag“, „Antibiotikaeinsatz“, „Monokulturen“, „Verlust der Artenvielfalt“, „Mängel beim Tierwohl“ werden im vorgestellten Konzept nicht oder nur ungenügend behandelt. Grundsätzlich wird die 3-Zonen-Aufteilung begrüßt, allerdings die Ausnahmeregelungen bemängelt. Es fehlt an roten Linien und einem Anreiz in Richtung nachhaltigem Umbau. Insofern fordert die SPD-Fraktion:

- a) Ein Moratorium für entprivilegierte Anlagen bis zur Entspannung der Gesamtlage;
- b) Keine Erhöhung der Gesamttierzahlen in der Gemeinde;
- c) Eine mittelfristige Festschreibung / Zielvorgabe der Großvieheinheiten pro landwirtschaftliche Fläche (GV/ha), die zunächst unter 2,5 GV/ha liegen sollte. Langfristig wäre ein Wert von 2,0 GV/ha erstrebenswert.
- d) Ausnahmen sind vorstellbar, aber nur unter Auflagen in Richtung nachhaltigem Umbau, wie Weidetier- oder Strohhaltung, Direktvermarktung pp.

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Lis bemängelt, dass die SPD-Fraktion in den zurückliegenden rd. sieben Jahren der Beratungen zur Aufstellung dieses Konzeptes bis heute keine konstruktiven Vorschläge unterbreitet hat.

Ratsmitglied Wintering erklärt, dass ein gutes Planungskonzept vorgestellt wurde, dass sowohl die Belange der Landwirtschaft als auch die der Bevölkerung und der Stadtentwicklung berücksichtigt. Zudem stehe es im Einklang mit EU- und Bundesrecht.

Auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses fasst der Rat der Stadt Freren mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Das vorliegende städtebauliche Planungskonzept zur „Steuerung und Abwicklung zukünftig beantragter entprivilegierter Tierhaltungsanlagen in der Stadt Freren“ als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB wird unter der Ergänzung in Kriterium Nr. 9 des Prüfkataloges, dass Keimgutachten nur erforderlichenfalls vorzulegen sind, beschlossen. Es dient künftig als Grundlage bzw. Orientierungsrahmen für Entscheidungen über städtebauliche Entwicklungen in der Tierhaltung in Freren.

Punkt 7: Bebauungsplan Nr. 43 "Zwischen Lünsfelder Straße und Ostwier Straße - Teil I" der Stadt Freren;

a) Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

b) Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

c) Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Vorlage: V/012/2021

Stadtdirektor Ritz erläutert anhand der Beschlussvorlage V/012/2021 und einer PowerPoint-Präsentation die Sach- und Rechtslage.

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Lis erklärt, dass sich die Fraktion sehr über das hohe Interesse an Bauwilligen in Freren freut. Insofern ist es richtig und wichtig ein neues Wohnbau-gebiet zu planen, damit die Stadt weiter wachsen kann.

Auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses fasst der Rat der Stadt Freren einstimmig folgende Beschlüsse:

- a) Für das in den beiliegenden Vorentwürfen dargestellte Gebiet wird der Bebauungsplan Nr. 43 „Zwischen Lünsfelder Straße und Ostwier Straße - Teil I“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt. Ziel und Zweck der Bauleitplanung ist die Ausweisung weiterer Wohnbauflächen als allgemeines Wohngebiet (WA) mit entsprechenden Verkehrsflächen zur Erschließung derselben im nordöstlichen Teil des Stadtkerns der Stadt Freren. Der Geltungsbereich dieses Bebauungsplans bezieht sich auf die Grundstücke Gemarkung Freren, Flur 45, Flurstücke 58 (tlw.), 60/2, 60/6, 61 (tlw.) und 63 (tlw.). Er liegt östlich bzw. nördlich der Lünsfelder Straße und hat eine Gesamtgröße von rd. 2,29 ha.
- b) Auf der Grundlage der vorliegenden Planunterlagen (Vorentwürfe als Varianten A bis C nebst Kurzerläuterung) sind zunächst die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Anschließend ist die Angelegenheit wieder vorzulegen.

Punkt 8: Anfragen, Anregungen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Bürgermeister Prekel schließt die 26. Sitzung des Rates der Stadt Freren um 20:10 Uhr.

Bürgermeister

Stadtdirektor

Protokollführer